



Center for Research in Economics, Management and the Arts

Warum Glück keine Staatsaufgabe ist

Bruno S. Frey

Handelszeitung, 27. 04. 2013

Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2013-31

CREMA Südstrasse 11 CH - 8008 Zürich www.crema-research.ch



Meinungen Internationale Top-Ökonomen zu aktuellen Themen. [Zum Dossier...](#)

Warum Glück keine Staatsaufgabe ist

Politik Glück als Staatsaufgabe scheint auf den ersten Blick vernünftig und anstrebenswert zu sein. Doch aus zwei Gründen sollte einer entgegengetreten werden.

VON BRUNO S. FREY 27.04.2013



Bruno S. Frey, Schweizer Ökonom und Glücksforscher

Glück ist in den letzten Jahren in Form der Lebenszufriedenheit messbar geworden. Ökonomen haben damit herausfinden können, welche Faktoren dazu beitragen. Im Bereich der Wirtschaft ist die Beschäftigung von herausragender Bedeutung. Wer arbeitslos wird, ist wesentlich unglücklich als wer einen Job hat. Ein höheres Einkommen ist etwas weniger wichtig, aber es ist völlig unbestritten, dass Personen, die mehr verdienen können, deutlich glücklicher sind als diejenigen, die nur wenig verdienen. Schliesslich wird auch Inflation als belastend empfunden. Die Preissteigerungen verunsichert, was die Lebensqualität vermindert.

Manche Politiker haben die Chance gesehen, sich mit «Glückspolitik» zu profilieren. So haben der britische Premierminister David Cameron und der französische Präsident Nicolas Sarkozy verkündet, sie wollten das Glück der Bevölkerung erhöhen. Schon vor ihnen erklärte der US-Präsident Bill Clinton die Glücksmaximierung zum Staatsziel, und kürzlich zog sogar die chinesische Regierung nach (was etwas misstrauisch stimmen sollte).

Verlässliche Angaben werden unbrauchbar

Glück als Staatsaufgabe scheint auf den ersten Blick vernünftig und anstrebenswert zu sein. In diese Richtung argumentieren auch all die, die glauben, dass unser materialistisches Zeitalter überwunden werden sollte. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass der Staat keineswegs aktiv verfolgen, sondern sich im Gegenteil heraushalten sollte. Man kann sogar noch weiter gehen. Der Versuch des Staates, das Glück zu maximieren, führt zu einer Art Glücksdiktatur, welche die einzelnen Personen einengt und unglücklich macht.

Aus zwei Gründen sollte einer Politik der Glücksmaximierung entgegengetreten werden.

Erstens werden dadurch die Erhebungen über den Glückszustand der Bevölkerung verzerrt. Die Lebenszufriedenheit wird mit Hilfe von Umfragen erhoben, bei denen man fragen kann: «Wie zufrieden sind Sie mit dem Leben, das Sie führen?» Die Antworten können auf einer Skala von 0 («total unzufrieden») bis 10 («total zufrieden») angegeben werden. Bisher konnte man den Antworten vertrauen. Es bestand wenig Grund, systematisch eine zu hohe oder zu niedrige Lebenszufriedenheit anzugeben. Wenn jedoch die Regierung das Glück als wichtigstes Ziel ihrer Politik verkündet, werden die Befragten strategisch antworten. Wenn die Regierung politisch rechts steht, nicht angeben, dass er oder sie besonders zufrieden ist, wenn die Partei in der Regierung linksorientiert ist. Um hohe Lebenszufriedenheit anzugeben, wenn er mit einer rechtsorientierten Regierung leben muss. Die bisher verlässlichen Angaben zum Glück werden unbrauchbar. Sie verkommen zu einem Manifest für oder gegen die Regierung.

Es gibt einen zweiten wichtigen Grund, warum Glückspolitik als Staatsziel zu verwerfen ist. Wenn das in der Bevölkerung erfasste Glück als Staatsziel wird, werden alle Regierungen den Glücksindikator manipulieren, denn davon hängt ihr politisches Überleben wesentlich ab. Regierungen werden versuchen, den Glücksindex der Bevölkerung so gut wie nur immer möglich erscheinen zu lassen. Die Befragungen bauen auf subjektive Angaben auf, die sich recht einfach beeinflussen lassen. Zum Beispiel können eine geringe Lebenszufriedenheit angegebende Antworten mit dem Argument

sie nicht zutreffen können. Ebenso können Gruppen der Bevölkerung, die sich in der Vergangenheit als wenig zufrieden erwiesen haben Vorwand unberücksichtigt bleiben.

Wie Regierungen Statistikenschönen

Ein solcher Manipulationsvorwurf mag manchem Leser zynisch erscheinen. In der politischen Wirklichkeit werden jedoch von vielen Regierungen Daten systematisch und massiv manipuliert. So werden etwa ausgesteuerte Langzeitarbeitslose nicht mehr gezählt, was die Arbeitslosenquote verdrängt. Die veröffentlichte Inflationsrate wird tief gehalten, damit der Inflationsausgleich nicht entrichtet werden muss. So gibt zum Beispiel die argentinische Inflationsrate mit 12 Prozent pro Jahr an, die tatsächliche bewegt sich aber in der Grössenordnung von 30 Prozent.

Auch die Höhe des Sozialprodukts und das entsprechende Wirtschaftswachstum werden häufig von Regierungen geschönt. So hat die italienische Regierung in einigen Jahren einfach die Schattenwirtschaft ins offizielle Sozialprodukt integriert – und schwupps war das ProKopf-Einkommen Italiens mit dem des Vereinigten Königreichs, was damals innerhalb der Europäischen Union einige Vorteile brachte. Dass die Staatsschulden massiv geschönt sind, ist wohlbekannt. Der Glücksindikator ist jedoch noch einfacher zu manipulieren als die erwähnten wirtschaftlichen Daten, weil er auf subjektiven Angaben der Bevölkerung beruht.

Eine derartige Manipulation des Glücksmasses lässt sich vermeiden, wenn eine von der Regierung unabhängige Behörde – zum Beispiel ein Institut – dessen Konstruktion beauftragt würde. In den meisten Ländern der Welt ist jedoch eine solche Behörde undenkbar. Das Beispiel der Zentralbank zeigt, dass die Unabhängigkeit mehr Wunsch als Realität ist. Kaum eine Zentralbank hat die Finanz- und Wirtschaftskrise als unabhängig erwiesen – ganz im Gegenteil.

Dezentrale politische Entscheidungen fördern das Glück

Glücksmaximierung als Staatsaufgabe ist somit zu verwerfen. Sie kann sogar das Glück der Bevölkerung beeinträchtigen, weil die Regierung nicht weiss, was die Menschen glücklich macht. Dies hat sich bereits im Nachgang zur Französischen Revolution als verhängnisvoll erwiesen.

Kann der Staat etwas für das Glück seiner Bevölkerung tun? Viel, nämlich die grundlegenden Bedingungen sichern, damit die Menschen glücklich werden können. Dazu gehören vor allem gute politische Institutionen, welche die Rechtssicherheit garantieren und den Bürgern demokratische Mitsprache ermöglichen. Auch dezentrale politische Entscheidungen, also der Föderalismus, sind glücksfördernd. Darüber hinaus funktionierende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Schliesslich sollten alle Menschen, die arbeiten wollen, auch entsprechende Voraussetzungen in den verschiedenen Ländern ganz unterschiedlich erfüllt.

In der Schweiz bestehen gute politische und wirtschaftliche Bedingungen und deshalb steht unser Land regelmässig mit an der Spitze der glücklichsten Einwohner. Noch glücklicher sind nur die Dänen, die ebenfalls über einen gut funktionierenden demokratischen Staat und eine starke Wirtschaft verfügen.

Bruno S. Frey ist Distinguished Professor for Behavioural Science an der Warwick Business School, University of Warwick, Gastprofessor und Research Director von CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Hinweis der Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Kommentare nicht oder gekürzt zu publizieren. Dies gilt namentlich für ehrverletzende, rassistische, unsachliche, pornografische Beiträge sowie Kommentare, die anderweitig gegen geltendes Recht verstossen. Über Entscheidungen der Redaktion wird keine